

- 2 **Soziale Dienstleistungen** Motivierte Umsteiger
- 3 **Tarifpolitik** Vorteil für Gewerkschafter
- 4 **Verteilung** Arme bleiben öfter arm
- 6 **Gerechtigkeit** Vermögenssteuer: Breite Zustimmung
- 7 **Kommunen** Den Verfall stoppen

## BETRIEBSRATSWAHLEN 2018

# Gelebte Mitbestimmung

Hohe Beteiligung, Frauenanteil stabil, erfahrene Kollegen gewählt – das ergibt eine erste Auswertung der jüngsten Betriebsratswahlen.

Die Vertretung ihrer Interessen im Betrieb ist den Menschen ähnlich wichtig wie die Zusammensetzung der Parlamente. Bei den Betriebsratswahlen 2018 haben im Durchschnitt der Betriebe, in denen gewählt wurde, gut 75 Prozent der Beschäftigten ihre Stimme abgegeben, gemessen an allen Wahlberechtigten gingen 66 Prozent zur Wahl. Hintergrund: In kleineren Betrieben – der Mehrheit – ist die Beteiligung

Seit 2002 muss das Minderheitengeschlecht im Betrieb gemäß seinem Anteil an der Belegschaft im Betriebsrat repräsentiert sein. Seither steigt der Frauenanteil unter den Arbeitnehmervertretern nicht rasant, aber stetig. Aktuell beträgt der Frauenanteil der Belegschaften mitbestimmter Betriebe etwas weniger als 30 Prozent. Von den gewählten Mandatsträgern sind 31 Prozent weiblich. Allerdings liegen die Frauen noch immer zurück, was den Betriebsratsvorsitz betrifft, wobei auch die Branche eine Rolle spielt.

Gewählt wurden häufig Kollegen mit langjähriger Berufserfahrung. Über 60 Prozent der neu gewählten oder bestätigten Belegschaftsvertreter haben das 45. Lebensjahr beendet. Damit setzt sich ein Trend fort, der bereits in zurückliegenden Wahljahren zu beobachten war. Zugleich wird in vielen Betrieben der Staffelstab bei der Mitbestimmung schrittweise an eine neue Generation übergeben: Gut 41 Prozent der Gewählten sind dieses Jahr zum ersten Mal dabei. <

### Besonders hohe Beteiligung in Kleinbetrieben

Die Wahlbeteiligung betrug in Betrieben mit ...



Datenbasis: 11 972 Betriebe aus den Organisationbereichen von IG Metall, Verdi, NGG und IG BAU Quelle: Demir u. a. 2018 Grafik: [bit.do/impuls1334](http://bit.do/impuls1334)

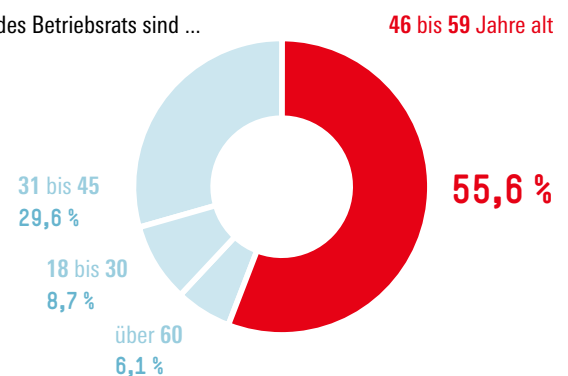
Hans Böckler  
Stiftung

am höchsten. In der Größenklasse 21 bis 50 Beschäftigte betrug die Quote über 80 Prozent; bei 51 bis 100 Beschäftigten lag sie über 78 Prozent. In Großbetrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten, die besonders häufig und oft schon lange einen Betriebsrat haben, gingen 59 von 100 Beschäftigten zur Wahl. Gegenüber der letzten Abstimmung vor vier Jahren sank die Wahlbeteiligung geringfügig um rund drei Prozentpunkte. Dies geht aus dem vorläufigen Trendreport Betriebsratswahlen 2018 hervor, den Wissenschaftler von der Universität Marburg im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellt haben. Die Auswertung basiert auf den Wahlergebnissen von gut 18 000 Betrieben.

Quelle: Nur Demir u.a.: Trendreport Betriebsratswahlen 2018 – Erste Befunde, Mitbestimmungsreport Nr. 45, Oktober 2018 Download: [bit.do/impuls1353](http://bit.do/impuls1353)

### Erfahrung zählt

Mitglieder des Betriebsrats sind ...



Datenbasis: 71 384 Betriebsratsmitglieder aus den Organisationbereichen von IG Metall und Verdi Quelle: Demir u. a. 2018 Grafik: [bit.do/impuls1336](http://bit.do/impuls1336)

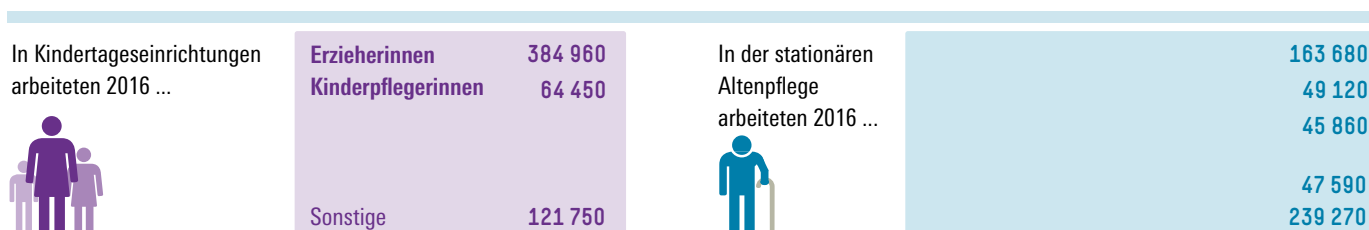
Hans Böckler  
Stiftung

# Motivierte Umsteiger

Quereinsteiger werden das Problem des Fachkräftemangels in Kitas und Pflegeheimen allein nicht lösen. Doch die Erfahrungen mit Job-Umsteigern sind gut.

Könnte die Arbeitsagentur nicht einfach möglichst viele Berufswechsler und Arbeitssuchende umschulen? Schließlich geht der Ausbau der Kinderbetreuung viel zu langsam voran – bis 2025 werden mindestens 310 000 zusätzliche pädagogische Fachkräfte in Kitas gebraucht – und in Seniorenheimen sind unterbesetzte Stationen eher die Regel als die Ausnahme. Solche Gedankenspiele greifen zwar zu kurz, erklärt ein Forscherinnen-Team vom Deutschen Ju-

willkommen. Die Befragten berichten meist über positive Erfahrungen mit ihren spätberufenen Auszubildenden beziehungsweise Arbeitskräften. Entscheidend ist aus ihrer Sicht neben der Teamfähigkeit der Anwärtler, dass sie bereits „praktische Berührungspunkte“ mit ihrem neuen Berufsfeld hatten – sei es im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, eines Praktikums, in früheren Jobs oder im Privaten. Das kann der Taxifahrer sein, der Freude an der



Quelle: Grgic u. a. 2018 Grafik zum Download: [bit.do/impuls1337](http://bit.do/impuls1337)

Hans Bockler Stiftung

gendinstitut in München in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung. Längst nicht jeder und jede bringe die Voraussetzungen für die fachlich, physisch und psychisch anspruchsvolle Arbeit in der frühkindlichen Bildung und der Altenpflege mit. Diejenigen, die sich im Laufe ihres Berufslebens entschließen, mit einer Ausbildung zum Erzieher oder zur Altenpflegerin noch einmal neu anzufangen, seien für ihre Arbeitgeber jedoch meist eine große Bereicherung. Die Befürchtung, dass durch die Einstellung von Quereinsteigern das fachliche Niveau sinken könnte, habe sich bislang als unbegründet erwiesen, so die Wissenschaftlerinnen. Sie stützen ihre Einschätzung auf Interviews und Gruppendiskussionen mit Quereinsteigern selbst, den Leitungen von Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen sowie schulischen Lehrkräften. Dabei zeigt sich, dass beide Felder unterschiedliche Möglichkeiten des Quereinstiegs bieten und die Ausbildungszugänge verschieden geregelt werden. Im Gegensatz zur Altenpflege, wo auch verschiedene „niedrigschwellige“ Einstiegsmöglichkeiten bestehen, liegt die Hürde bei der Kinderbetreuung relativ hoch. Hier sind praktisch nur Quereinsteige möglich, die über eine Fachausbildung zur Erzieherin führen.

Auch den Arbeitsagenturen fällt an dieser Stelle eine wichtige Rolle zu. Hier merken einige befragte Kita- und Heimleitungen kritisch an, dass die Agenturen die persönliche Eignung der vermittelten Personen zu wenig berücksichtigen und die Quereinsteigenden oft ungenügend über die Anforderungen im Tätigkeitsfeld informiert sind. Das führe zu erhöhten Abbruchquoten in der Ausbildung. Eine „Rekrutierungsoffensive“ über die Arbeitsagenturen wird daher eher skeptisch beurteilt.

Doch wer Motivation und Qualifikationsbereitschaft mitbringt, ist der Untersuchung zufolge in beiden Sektoren

Unterstützung älterer Menschen und dabei das Gefühl hat, etwas Sinnvolles zu tun, oder die Betriebswirtin, die nach einer Familienauszeit lieber mit Kindern arbeiten möchte, als ins Controlling zurückzukehren. Erkennbar sei zudem, „dass Quereinsteige gerade auch Männern die Möglichkeit eröffnen, geschlechtstypische Berufswahlentscheidungen hinter sich zu lassen“ und im zweiten Anlauf einen „Frauenberuf“ zu wählen, was sie sich früher nicht getraut hätten.

Quereinsteiger sind gegenüber jüngeren Auszubildenden in mancher Hinsicht im Vorteil. Lehrkräfte in der theoretischen Ausbildung erleben sie als „sehr reflektiert und engagiert“, in der betrieblichen Praxis gelten sie als „strukturiert, zielorientiert und belastbar“. Das hat allerdings auch eine Kehrseite: Zuweilen kommt es zu Überforderungen, weil in Vergessenheit gerät, dass es sich bei den Quereinsteigern trotz reichlicher Lebenserfahrung um Auszubildende handelt. Zudem tun sich jüngere Vorgesetzte und Praxisanleiter gelegentlich schwer im Umgang mit älteren Quereinsteigern. Gelungene Quereinsteige setzen insofern „neue Personalkonzepte und eine gezielte Teamentwicklung auf Seiten der Kitas und Pflegeheime voraus“.

Damit Alten- und Kinderbetreuung auch langfristig von den Quereinsteigern profitieren, müsse natürlich auch deren Verbleib in diesem Tätigkeitsfeld sichergestellt werden, heißt es in der Studie. Insbesondere in der Altenpflege sei dies fraglich, weil viele Befragte sich recht kritisch zu den Arbeitsbedingungen äußern und eine weitere Spezialisierung anstreben – womit bei der vom Personalmangel gebeutelten Grundversorgung nichts gewonnen wäre. <

Quelle: Mariana Grgic, Birgit Riedel, Lena Sophie Weihmayer, Nina Weimann-Sandig, Lisa Wörner: Quereinsteigende auf dem Weg zur Fachkraft, Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 392, November 2018 Download: [bit.do/impuls1338](http://bit.do/impuls1338)

# Vorteil für Gewerkschafter

Die Politik sollte Anreize für mehr Tarifverträge setzen – zum Beispiel durch Steuerfreibeträge für Gewerkschaftsmitglieder in tarifgebundenen Betrieben.

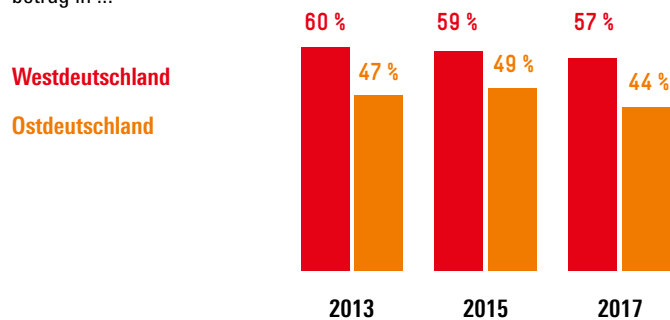
Die Tarifautonomie ist einer der Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft, da sind sich Sozialpartner, Politiker und Wissenschaftler einig. Doch nur wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Augenhöhe miteinander verhandeln, können sie einen Tarifvertrag abschließen, mit dem alle gut leben können. Entscheidend dafür ist, dass beide Seiten über eine starke Verhandlungsposition und eine breite Mitgliederbasis verfügen. Hier ist auch die Politik gefordert – sie soll-

te die Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband oder einer Gewerkschaft fördern. Das könnte zum Beispiel durch steuerliche Vorteile geschehen, erklärt Martin Franzen von der Universität München in einem Gutachten für das Hugo-Sinzheimer-Institut (HSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Vor allem auf der Arbeitnehmerseite sind nach Ansicht des Juraprofessors größere Anreize gerechtfertigt.

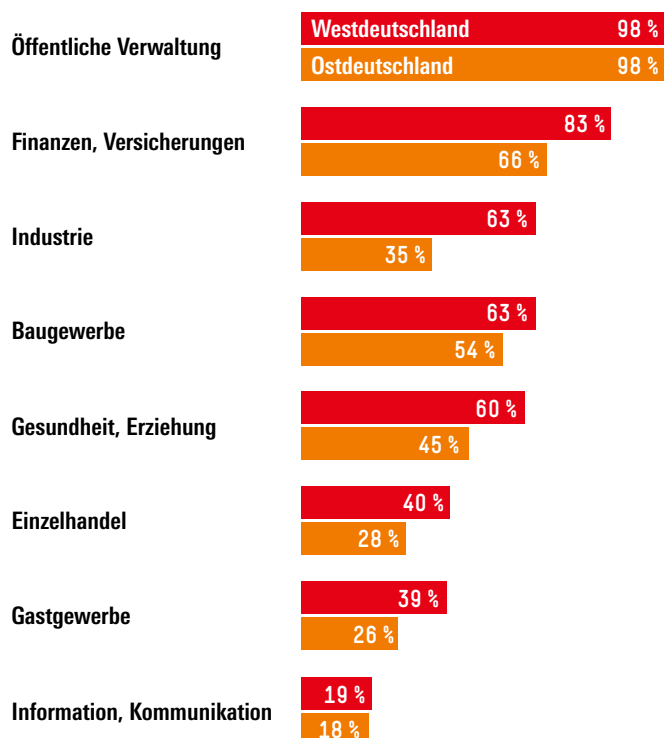
Von einem Tarifvertrag profitieren in der Regel alle Beschäftigten eines tarifgebundenen Arbeitgebers – auch diejenigen, die nicht Mitglied in einer Gewerkschaft sind. Das bedeutet: „Als Anreizinstrument für den Beitritt von Arbeitnehmern in eine Gewerkschaft fällt der Tarifvertrag vollständig aus“, konstatiert Franzen. Der Arbeitsrechtler schlägt vor, das Steuerrecht zu nutzen, um die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder einem Arbeitgeberverband attraktiver zu machen. Im Kern geht es bei seinem Vorschlag darum, einen Teil des tarifgebundenen Lohns bei Gewerkschaftsmitgliedern steuerfrei zu stellen. Der Freibetrag solle sich an dem Drei- bis Vierfachen des üblichen Gewerkschaftsbeitrags bei durchschnittlichen Einkommen orientieren – und damit etwa 1300 bis 1700 Euro pro Jahr betragen. Gewerkschaftsmitglieder, die bei einem tarifgebundenen Arbeitgeber beschäftigt sind, würden damit „von nicht unerheblichen Steuervorteilen profitieren“. Auch die tarifgebundenen Arbeitgeber hätten etwas davon: Sie könnten damit werben, dass die bei ihnen beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder über ein höheres Nettoeinkommen verfügen als bei anderen Unternehmen.

## Tarif bleibt vielen vorenthalten

Der Anteil der Beschäftigten mit Branchen- oder Firmentarifvertrag betrug in ...



Der Anteil der Beschäftigten mit Branchen- oder Firmentarifvertrag betrug 2017 je nach Wirtschaftszweig ...



## „Überragende Bedeutung der Tarifautonomie“

Der einzelne Arbeitnehmer könnte die Steuerbefreiung einfach im Rahmen seiner Steuererklärung geltend machen. Er müsste dazu eine Bescheinigung über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft vorlegen sowie die Entgeltabrechnungen, aus denen hervorgeht, ob der Arbeitgeber tarifgebunden ist und gegebenenfalls in welcher Höhe es sich um tarifgebundenes Arbeitsentgelt handelt. Dadurch wäre gewährleistet, dass der Arbeitgeber nichts über die Gewerkschaftsmitgliedschaft einzelner Arbeitnehmer erfährt.

„Die Steuerprivilegierung rechtfertigt sich aus der überragenden Bedeutung der Tarifautonomie für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung Deutschlands“, schreibt Franzen. Die hierdurch verursachten Steuerausfälle seien für den Staat verkraftbar. Der Berechnung des Experten zufolge würde der Fiskus jährlich 1,2 bis 1,6 Milliarden Euro weniger einnehmen. Auf der anderen Seite hätten dadurch gerade Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen einen „spürbaren Entlastungseffekt“. <

Quelle: Martin Franzen: Stärkung der Tarifautonomie durch Anreize zum Verbandsbeitritt, HSI-Schriftenreihe Band 27, Oktober 2018 Download: [bit.do/impuls1340](https://bit.do/impuls1340)

# Arme bleiben öfter arm

Die Ungleichheit in Deutschland hat seit der Wiedervereinigung erheblich zugenommen. Armut und Reichtum verfestigen sich.

Die Einkommen in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren polarisiert: Der Anteil der Haushalte unter der Armutsgrenze hat ebenso zugenommen wie der Anteil der reichen Haushalte. Dagegen ist die Gruppe der mittleren Einkommen geschrumpft. Gleichzeitig haben sich Armut und Reichtum verfestigt. Arme bleiben öfter arm, Reiche bleiben reich. Zu diesem Ergebnis kommt Dorothee Spannagel im aktuellen WSI-Verteilungsbericht.

Die Forscherin nutzt die neuesten verfügbaren Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), sie reichen bis 2015. In der Wiederholungsbefragung SOEP machen jährlich 11 000 Haushalte Angaben zu ihren Einkommen. Basis der Analyse ist das reale verfügbare Haushaltseinkommen; dabei sind Steuern und Sozialbeiträge vom Bruttoeinkommen abgezogen und Sozialtransfers wie Kinder- oder Arbeitslosengeld hinzugerechnet. Als einkommensarm gilt, internationalen Konventionen folgend, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Einkommensreich sind danach Haushalte, die mindestens das Doppelte des mittleren Einkommens zur Verfügung haben; damit ist die Grenze – ebenso wie im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – relativ niedrig gezogen, betont Spannagel.

Seit den 1990er-Jahren zeigt sich nach der WSI-Analyse vor allem bei der Armut ein markanter, weitgehend kontinuierlicher Anstieg: Waren damals rund elf Prozent aller Menschen in Deutschland einkommensarm, stieg die Quote bis 2015 auf knapp 16,8 Prozent. Zuletzt ging der Anstieg vor allem auf Flüchtlinge zurück. Allerdings liegt auch die Armutsquote der in Deutschland Geborenen deutlich höher als in den 1990ern.

Der Anteil der Bevölkerung in einkommensreichen Haushalten variiert über die Jahre etwas stärker, der langfristige Trend ist aber ebenfalls klar aufsteigend: Von 5,6 Prozent Anfang der 1990er-Jahre ausgehend erreichte die Quote der Einkommensreichen ihren bisherigen Höchststand von fast 8,3 Prozent im Jahr 2014. Zuletzt lag sie bei 7,5 Prozent.

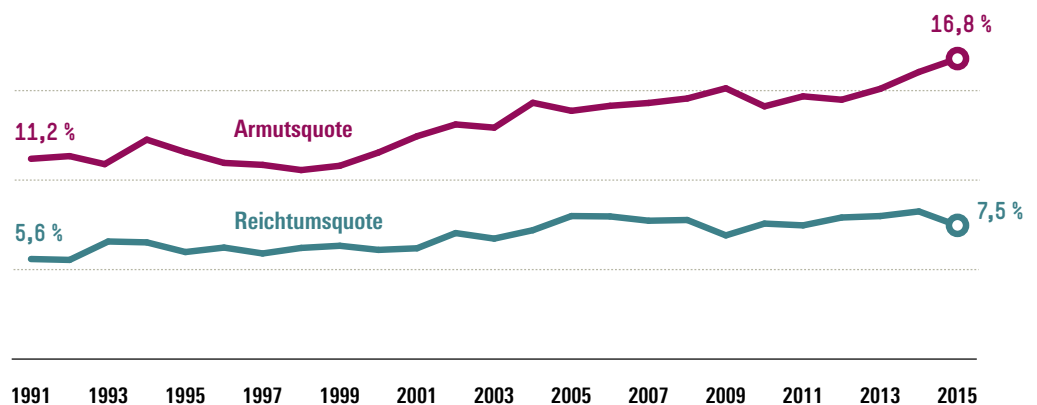
Besonders problematisch ist nach Analyse der Forscherin, dass sich parallel zu den Anstiegen sowohl die Einkommensarmut als auch der Einkommensreichtum verfestigt

haben. So hatten 3,1 Prozent der Bevölkerung zwischen 1991 und 1995 in jedem einzelnen Jahr ein Einkommen unter der Armutsgrenze. In den fünf Jahren von 2011 bis 2015 betrug der Anteil 5,4 Prozent.

Bei den Einkommensreichen ist die dauerhafte Verfestigung weniger stark ausgeprägt. Der Anteil der Menschen, die über wenigstens fünf Jahre mehr als das Doppelte des mittleren Einkommens hatten, nahm in Westdeutschland von 2,3 auf 3,4 Prozent zu. Über die Entwicklung des Reichtums in Ostdeutschland im selben Zeitraum lässt sich nichts sagen, weil die Fallzahlen für die 1990er-Jahre im SOEP zu gering sind.

## Einkommen driften auseinander

So entwickelten sich die ...



Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 % bzw. über 200 % des mittleren Einkommens leben Quelle: WSI 2018 Grafik zum Download: [bit.do/impuls1341](http://bit.do/impuls1341) Daten: [bit.do/impuls1342](http://bit.do/impuls1342)

Hans Böckler Stiftung

Für besorgniserregend hält Spannagel die Tatsache, dass sich dauerhafte Armut und dauerhafter Reichtum in bestimmten Regionen und Bevölkerungsgruppen konzentrieren und aktuelle Trends am Arbeitsmarkt die Verfestigung weiter begünstigen dürften:

- **West/Ost:** 95 Prozent der dauerhaft Einkommensreichen in der Bundesrepublik leben in West-, nur fünf Prozent in Ostdeutschland. Hingegen leben knapp 39 Prozent der dauerhaft Armen in den neuen Ländern, obwohl dort nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ansässig ist.
- **Mann/Frau:** Etwa drei Viertel der dauerhaft Einkommensreichen sind Männer. Unter den dauerhaft Armen stellen dagegen Frauen die Mehrheit. Allerdings ist der Unterschied hier nicht so groß: 54 Prozent sind weiblich, 46 Prozent männlich.

- ▶ **Hohe/niedrige Qualifikation:** Dauerhafte Armut droht besonders häufig Menschen mit niedrigen Abschlüssen. Aufgrund der ausgeprägten sozialen Segregation im deutschen Bildungswesen sieht Spannagel darin ein großes Problem: „Hier schließt sich der Kreis, Armut wird vererbt.“
- ▶ **Vollzeit/Teilzeit:** Erwerbstätigkeit in Vollzeit schützt nach den SOEP-Daten klar vor dauerhafter Armut. Für Teilzeitbeschäftigte oder Menschen mit Minijobs bestehen hingegen kaum Aussichten auf ein hohes Einkommen.
- ▶ **Doppel-/Alleinverdiener:** Alleinerziehende und Singles tragen das höchste Risiko, dauerhaft arm zu bleiben. Dagegen erzielen Doppelverdiener ohne Kinder am häufigsten dauerhaft hohe Einkommen: Knapp 55 Prozent der dauerhaft Einkommensreichen sind Paare ohne Nachwuchs im Haushalt.

Um einer weiteren Polarisierung der Einkommen entgegen zu wirken, sollte die Politik laut Spannagel Lohnungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland verringern, die auch mit der niedrigeren Tarifbindung im Osten zu tun haben, Bildungsungleichheit reduzieren, Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bessere Angebote zur Kinderbetreuung unterstützen. <

Quelle: Dorothee Spannagel: Dauerhafte Armut und verfestigter Reichtum. WSI Verteilungsbericht 2018, WSI Report Nr. 43  
Download: [bit.do/impuls1343](http://bit.do/impuls1343)

## Armut ist mehr als eine Episode

Dauerhaft arm waren von ...



Anteil der Personen, die in allen Jahren des jeweiligen Zeitraums durchgehend arm waren  
Quelle: WSI 2018 Grafik: [bit.do/impuls1344](http://bit.do/impuls1344)

Hans Böckler  
Stiftung

## Was treibt die Ungleichheit?

Woher kommt der Anstieg der Ungleichheit? Eine Reihe von ökonomischen Analysen liefert Erklärungsansätze für das Auseinanderdriften der Einkommen, erklärt Gustav Horn, wissenschaftlicher Direktor des IMK. Zunächst stelle sich die Frage, ob und warum die Unterschiede bei den Markteinkommen, also den Einkommen vor Umverteilung durch Steuern und Sozialleistungen oder auf Haushaltsebene, zunehmen. In der perfekten Marktwirtschaft wäre zu erwarten, dass sich Lohnunterschiede zwischen Unternehmen tendenziell angleichen statt zuzunehmen, so Horn. Schließlich würden schlecht bezahlte Arbeitskräfte in diesem Modell zu Firmen mit höheren Löhnen abwandern und Unternehmen mit allzu hohen Löhnen würden durch den Preiswettbewerb zu Kostensenkungen gezwungen. Es könnte aber sein, dass in der realen Wirtschaft beides nicht so funktioniert wie im ökonomischen Idealmodell: Wenn in einem Teil der Wirtschaft harte Konkurrenz Preise und Löhne drückt, in einem anderen Teil der Wirtschaft aber bestimmte Beschäftigtengruppen hohe Vergütungen durchsetzen können – dann werden die Einkommensdifferenzen größer. „Erklärungen für die steigende Ungleichheit der Löhne könnten also in der Zunahme der Firmenheterogenität sowie der stärkeren Fragmentierung des Arbeitsmarktes bestehen“, schreibt Horn. Dies könne zum Beispiel eine Folge der Digitalisierung sein, die bestimmten Unternehmen und Fachkräften auf dem Güterbeziehungsweise Arbeitsmarkt eine monopolartige Stellung verschafft, während andere ihre Preise und Löhne scharf kalkulieren müssen, um nicht aus dem Markt gedrängt zu werden. Hinzu kommt: Beschäftigten gelingt es heute seltener als in früheren Zeiten, in besser bezahlte Jobs aufzusteigen, wie Studien zeigen.

## Weniger Umverteilung

Eine andere Theorie sieht ebenfalls einen Zusammenhang zwischen polarisierter Verteilung und technischem Fortschritt: Die zunehmende Automatisierung bedroht vor allem qualifizierte Routineaufgaben, die oft von Menschen im mittleren Einkommenssegment erledigt werden, während sowohl schlecht bezahlte Service-Jobs als auch hoch bezahlte Expertentätigkeiten erhalten bleiben. Dies könnte das „Schrumpfen der Mitte“ erklären – und damit die Zunahme von Armut und Reichtum. Einige empirische Untersuchungen bestätigen die These, andere finden keine entsprechenden Hinweise. Umstritten ist unter Ökonomen auch die Bedeutung der sogenannten Arbeitsmarktflexibilisierung und der Kürzungen von Lohnersatzleistungen – beides setzt potenziell gerade die Löhne im unteren Bereich unter Druck.

Unstrittig ist dagegen: Der größte Teil der Markteinkommen besteht zwar aus Arbeitsentgelten, aber auch die Kapitaleinkommen spielen eine Rolle. Sie fließen beinahe komplett den Haushalten an der Spitze der Pyramide zu und haben über längere Zeit deutlich zugelegt. Ende der 1990er-Jahre „setzte eine dramatische Umverteilung zu Lasten des Faktors Arbeit bis zur Finanzkrise ein“, schreibt Horn. Seither wachsen die Vermögenseinkommen wegen der niedrigen Zinsen wieder langsamer.

Auch Veränderungen der Haushaltsstruktur – kleinere Haushalte, mehr Singles und Alleinerziehende – können Einfluss auf die Verteilung haben. Allerdings lässt sich nicht von vornherein sagen, ob die Ungleichheit durch solche Verschiebungen zu- oder abnimmt, erläutert Horn. Verschiedene Studien kommen hier zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Schließlich bleibt noch der Einfluss des Staats: Hier zeigen Untersuchungen, dass die „staatliche Umverteilungswirkung zwischen 1991 und 1997 zu nächst deutlich zugenommen und später – seit dem Ende der 1990er-Jahre – deutlich abgenommen hat“. Das Steuer- und Abgabensystem hat die unteren fünf Prozent der Haushalte zwischen 1998 und 2015 um 5,7 Prozent höher belastet, das oberste Prozent der Haushalte aber um 4,8 Prozent entlastet. <

Quelle: Gustav Horn: Wie entstand die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland und was sollte man dagegen tun?, List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, im Erscheinen

# Vermögenssteuer: Breite Zustimmung

Eine deutliche Mehrheit hält die Besteuerung von Vermögen für gerechtfertigt – insbesondere, wenn es ohne eigene Leistung erworben wurde.

Dass bei der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland etwas im Argen liegt, ist den meisten bewusst: Einer aktuellen Umfrage zufolge halten vier Fünftel die Ungleichheit für zu groß und befürworten staatliche Eingriffe. Zur Korrektur der sozialen Schieflage könnte unter anderem die Wiedereinführung der 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer beitragen. Die Soziologen Patrick Sachweh und Debora Eicher von der Universität Frankfurt am Main haben untersucht, unter welchen Umständen eine solche Steuer auf Akzeptanz stoßen würde. Ihrer empirischen Studie zufolge wird die Besteuerung von Vermögen überwiegend als legitim wahrgenommen. Die Zustimmung fällt am größten aus, wenn Reichtum auf Geburt, Heirat oder Spekulation beruht.

Gegenstand der Analyse ist die persönliche Vermögenssteuer. Dabei fallen die Steuersätze in der Regel so moderat aus, dass die Betroffenen die Zahlungen an den Fiskus aus den laufenden Vermögenserträgen begleichen können. Als es in Deutschland noch eine solche Steuer gab, betrug der Satz die längste Zeit 0,5 Prozent pro Jahr. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass eine Vermögenssteuer jährlich zehn bis 20 Milliarden Euro einbringen könnte.

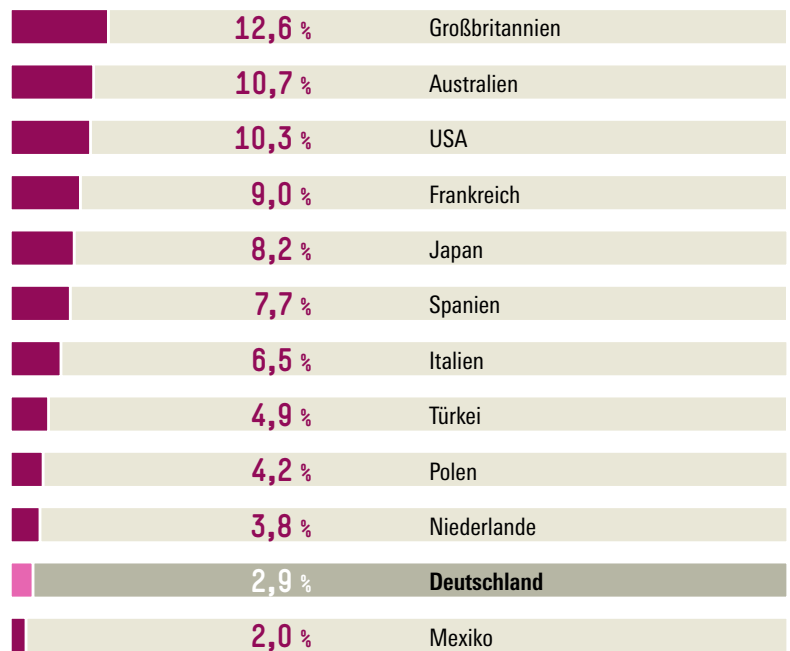
Um herauszufinden, was die Bevölkerung von einer Wiedereinführung halten würde, haben Sachweh und Eicher rund 2100 Personen per Zufallsstichprobe ausgewählt und befragt. Ihnen wurden kurze Texte vorgelegt, die die Vermögenssituation eines fiktiven Herrn Müller beschreiben. Ein Teil der Befragten erhielt zusätzlich Informationen zur realen Verteilung des Reichtums in Deutschland. Darüber hinaus wiesen die Beschreibungen zufällig variierende Angaben zur sozialen Herkunft und zur Art des Vermögenserwerbs auf: Herr Müller entstammt entweder einer armen oder einer wohlhabenden Familie und verdankt sein Kapital von über einer Million Euro entweder Erwerbsarbeit, Erbschaft, Heirat oder Börsenspekulation.

Die Frage, ob das Vermögen von Herrn Müller besteuert werden sollte, bejaht generell eine klare Mehrheit der Studienteilnehmer: Fast sieben von zehn stimmen zu, 44 Prozent sogar „voll und ganz“. Nur ein Zehntel ist „überhaupt nicht“ dieser Meinung. Das Ausmaß der Zustimmung steigt, wenn Herr Müller wohlhabende Eltern hatte und wenn er sein Vermögen nicht durch Arbeit, sondern durch Erbe, Heirat oder an der Börse gewonnen hat. Das gilt auch dann, wenn andere Einflussfaktoren wie Einkommen, Bildung oder Alter der Befragten herausgerechnet werden. Ob die Teilnehmer Informationen zur Vermögensverteilung erhalten haben oder nicht, scheint dagegen keine messbare Rolle zu spielen.

Die Sozialwissenschaftler erklären ihre Ergebnisse mit der fundamentalen Bedeutung des Leistungsprinzips. Wenn Ungleichheiten auf erbrachten Leistungen beruhen, sind sie demnach zu rechtfertigen, anderenfalls nicht. Unverdientes Vermögen zu besteuern, das sich privilegierter Herkunft oder Glück verdankt, erscheine aus dieser Perspektive legitim. „Pointiert könnte man folgern, dass Vermögen nicht gleich Vermögen ist. Vielmehr spielen die Art und Weise seines Erwerbs sowie die Frage, ob die Vermögenden Startvorteile hatten oder nicht, eine wichtige Rolle“, so Sachweh und Eicher. Wer sich für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzt, sollte nach Ansicht der

## Der deutsche Fiskus schont Vermögen

Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steueraufkommen betrug 2015 in ...



Steuern auf Immobilien, Nettovermögen, Erbschaften, Schenkungen, Finanztransaktionen  
Quelle: OECD 2017 Grafik zum Download: [bit.do/impuls1345](http://bit.do/impuls1345)

Hans Böckler  
Stiftung

Forscher in der öffentlichen Debatte betonen, dass Vermögensakkumulation oft ein Produkt des Zufalls oder glücklicher Umstände und nicht ausschließlich Ausdruck individueller Leistungen ist. <

Quelle: Patrick Sachweh, Debora Eicher: Einstellungen zur Vermögenssteuer in Deutschland: Eine Vignettenanalyse anhand aktueller Umfragedaten, WSI-Mitteilungen 5/2018

# Den Verfall stoppen

Auf kommunaler Ebene herrscht zum Teil ein erheblicher Investitionsstau. Um den zu überwinden, sollte der Bund dauerhaft mehr Geld zur Verfügung stellen.

Rieselnder Putz, unbenutzbare Toiletten, altertümliche Technik: Deutsche Schulen sind zum Teil in einem beklagenswerten Zustand. Um dem Verfall Einhalt zu gebieten, will die Bundesregierung den Kommunen, die für Investitionen in Schulgebäude zuständig sind, finanziell unter die Arme greifen. Geplant ist eine Änderung des Grundgesetzes, das Zuwendungen des Bundes bislang nur in engen Grenzen erlaubt. IMK-Forscherin Katja Rietzler hat sich für eine Anhörung im Haushaltsausschuss des Bundestages mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Nach ihrer Einschätzung sollte die Regierung es nicht bei punktuellen Finanzhilfen belassen, sondern zunächst die regional

Euro. Besonders betroffen seien Verkehrswege und Schulen. Der Substanzverzehr hat nach 2012 noch einmal zugenommen und beträgt seither zwischen 6,8 und 7,7 Milliarden Euro pro Jahr.

Dabei gibt es der Analyse zufolge erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern: Die Sachinvestitionen pro Einwohner fallen in Bayern in allen Jahren seit 2011 mehr als doppelt so hoch aus wie in Nordrhein-Westfalen. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei den Investitionen in Schulgebäude: 2016 gaben die bayerischen Gemeinden 680 Euro pro Schüler aus, die nordrhein-westfälischen 90 Euro.

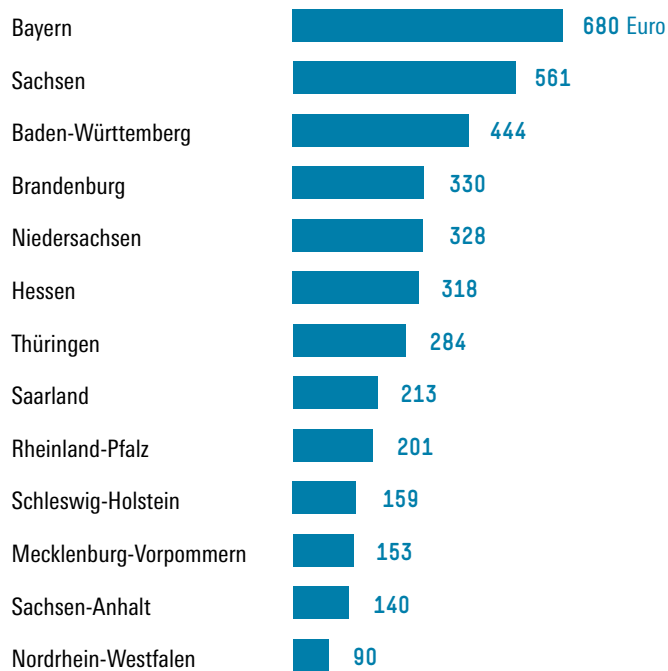
Die Diskrepanzen erklären sich laut der IMK-Expertin zu einem großen Teil durch die unterschiedliche Finanzlage der Kommunen. Zur Linderung dieses Problems habe der Bund bereits erste Schritte unternommen: Es gab Entlastungen bei den Sozialausgaben, die Möglichkeiten für direkte Finanzhilfen wurden per Grundgesetzänderung ausgeweitet, ein „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ für die Bildungsinfrastruktur mit einer Gesamtsumme von sieben Milliarden Euro wurde eingerichtet. Das Problem: Die Gemeinden hätten bislang nur einen Bruchteil der Mittel abgerufen, zudem seien nennenswerte Teile auch in vergleichsweise reiche Bundesländer geflossen, die auf die zusätzlichen Gelder eigentlich nicht angewiesen wären, so Rietzler.

Die Ökonomin plädiert für eine „langfristig angelegte dauerhafte Lösung“. Zunächst gelte es, die Ursachen für die regional unterschiedlichen Investitionsmöglichkeiten anzugehen: Der Bund sollte bei den Sozialausgaben seinen Anteil an den Wohnkosten für Hartz-IV-Bezieher ausweiten. Zudem sollte er hochverschuldeten Kommunen einen Teil ihrer Kredite abnehmen und so für „halbwegs gleiche Ausgangsbedingungen“ sorgen.

In einem weiteren Schritt müsste der Bund den Kommunen laut Rietzler dauerhaft zu mehr Mitteln verhelfen. Der derzeitige Rückstand bei den Investitionen habe sich über Jahre entwickelt. Dabei seien, etwa in Bauämtern, Planungskapazitäten abgebaut worden, daher komme die Ausweitung derzeit nur langsam voran. Der Aufbau neuer Kapazitäten lohne sich nur, wenn die Gemeinden mit einer Verstärkung ihrer Investitionen rechnen können. Um ihnen die dafür nötigen Gelder langfristig zu garantieren, empfiehlt die Expertin, den Solidaritätszuschlag in die Einkommenssteuer zu integrieren, statt ihn abzuschaffen. Darüber hinaus bedürfe es zusätzlicher Finanzhilfen für besondere Herausforderungen wie die Digitalisierung von Schulen. <

## Wo die Schulen verfallen

So hoch waren die Schulbauinvestitionen pro Schüler 2016 in ...



Quelle: Eicker-Wolf, Truger 2018 Grafik: [bit.do/impuls1346](https://bit.do/impuls1346)

Hans Böckler  
Stiftung

unterschiedlichen Ausgangsbedingungen angleichen und dann den Investitionsspielraum der Kommunen langfristig ausweiten.

Seit den frühen 2000er-Jahren gebe es einen zunehmenden Rückstand bei den Investitionen in öffentliche Infrastruktur, so Rietzler. Besonders prekär sei die Situation auf kommunaler Ebene: Hier übertreffen die Abschreibungen die Bauinvestitionen seit 2002 um rund 81,6 Milliarden

Quelle: Katja Rietzler: Finanzhilfen des Bundes für Länder und Kommunen: die regionalen Disparitäten müssen überwunden werden, IMK Policy Brief Nr. 9, Oktober 2018  
Download: [bit.do/impuls1347](https://bit.do/impuls1347)

# IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0  
Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung  
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung  
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen  
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann  
redaktion-impuls@boeckler.de  
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631  
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf  
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei  
[www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## GENDER

### Frauen führen erfolgreicher

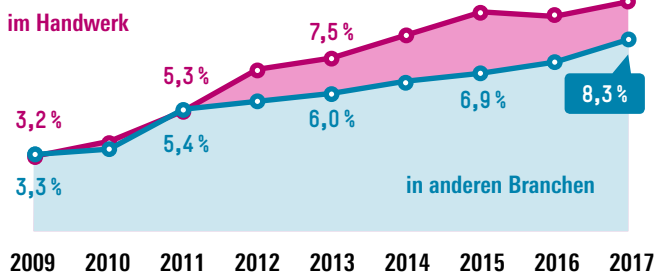
Wenn Frauen ein Team leiten, sind die Ergebnisse häufig besser. Das zeigt eine aktuelle Studie der Universität Kalabrien. In einem Experiment konnten die Forscher zeigen, dass Arbeitsgruppen unter weiblicher Leitung bessere Prüfungsergebnisse erzielen als unter männlicher Leitung. Dennoch beurteilen die Männer die Führungsleistung der Frauen schlechter als die der Männer. „Männer scheinen immer noch Vorbehalte gegen weibliche Führung zu haben, obwohl – oder vielleicht gerade weil – diese sich als besonders effektiv erweisen kann“, so die Autoren.

Quelle: IZA, Oktober 2018 [bit.do/impuls1348](http://bit.do/impuls1348)

## ARBEITSWELT

### Dem Handwerk fehlen die Azubis

Der Anteil der unbesetzten Lehrstellen betrug ...

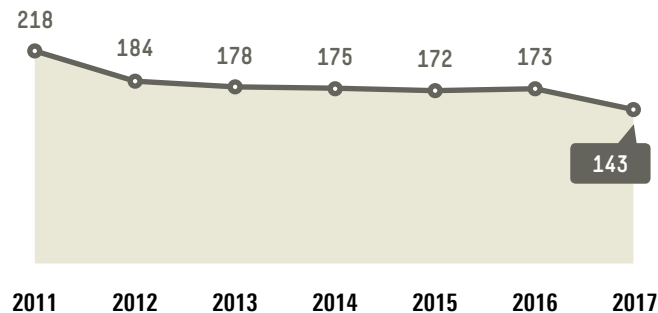


Quelle: BIBB, Oktober 2018 [bit.do/impuls1349](http://bit.do/impuls1349)

## ARBEITSSCHUTZ

### Weniger Todesfälle

Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle lag bei ...

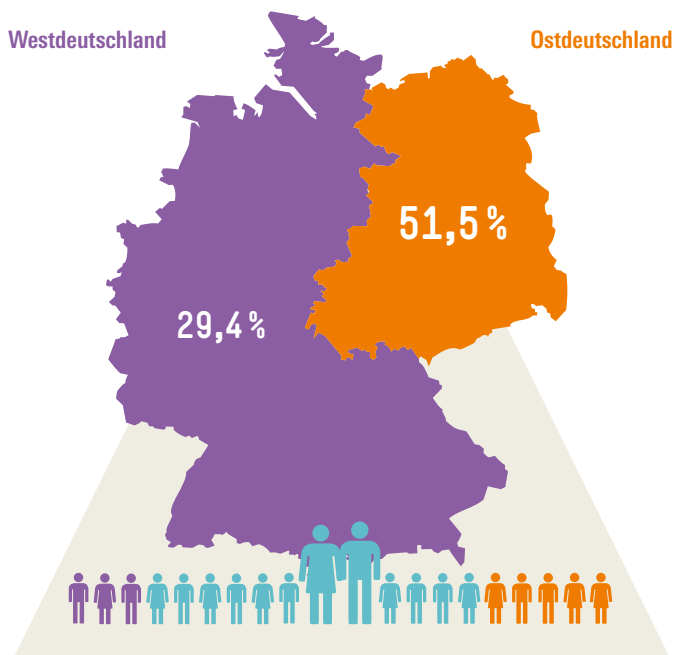


Quelle: BAuA, Oktober 2018 [bit.do/impuls1350](http://bit.do/impuls1350)

## KINDERBETREUUNG

### Westen hinkt hinterher

Von den Kindern unter drei Jahren besuchen eine Kita in ...

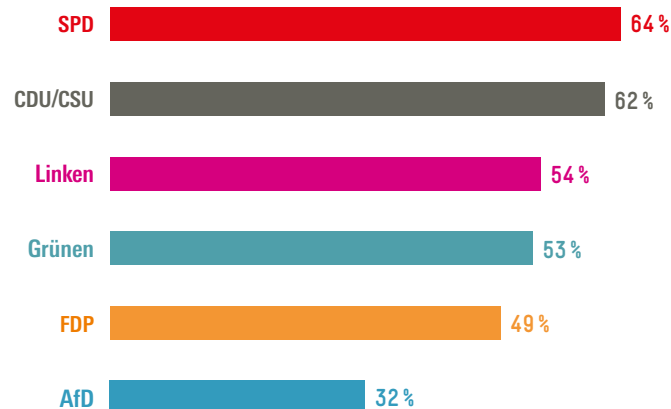


Quelle: Destatis, Oktober 2018 [bit.do/impuls1351](http://bit.do/impuls1351)

## DEMOKRATIE

### Deutsche sorgen sich um Volksparteien

Um die Schwäche der Volksparteien sorgen sich Anhänger der ...



Quelle: Infratest, Oktober 2018 [bit.do/impuls1352](http://bit.do/impuls1352)